

## Pressemitteilung

München, 16.12.2005

### **Migrationspolitik in Schule und Gesellschaft muss gebündelt und effizienter werden**

Forum Bildungspolitik fordert in Resolution eine Kommission für bessere Migrationspolitik / Forumssprecher Albin Dannhäuser warnt vor Verschärfung bereits bestehender Konflikte

**München – „Eine zukunftsweisende Migrationspolitik beginnt in der frühen Bildungsphase. Eine zentrale Aufgabe für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommt der Schule zu.“ Diese Feststellung traf der Sprecher des FORUMS BILDUNGSPOLITIK IN BAYERN, Albin Dannhäuser. Das FORUM, in dem 31 Bildungs-, Schüler-, Eltern- und Lehrerorganisationen zusammengeschlossen sind, fordert in einer einstimmig beschlossenen Resolution die Einrichtung eines Referats bei der Bayerischen Staatsregierung und einer ständigen Kommission beim Bayerischen Landtag. Bislang beschäftigen sich mehrere Ministerien mit Fragen der Migration in Bayern. Effizienter wäre ein eigenes Referat in der Staatskanzlei, in dem alle Informationen und Aktivitäten koordiniert werden. Diese Forderung richtete das FORUM BILDUNGSPOLITIK in einem Schreiben an Kultusminister Siegfried Schneider und Sozialministerin Christa Stewens.**

In der Resolution heißt es: „Nur wenn die schwierige Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund genau analysiert wird, können mehr Erfolg versprechende Hilfs- und Förderangebote als bisher eingeleitet werden.“ Vordringlich seien weitere Verbesserungen in der Sprachförderung. „Wenn sich die Politik in Bayern nicht intensiver als bisher mit den verschiedenen Aspekten und Problemen des Zusammenlebens von Bevölkerungsteilen unterschiedlicher Muttersprache, Kultur und Religion auseinandersetzt, droht eine Verschärfung bereits bestehender Konflikte“, warnte Dannhäuser. „Nötig sind neue Konzepte für ein friedliches Zusammenleben. Eine zentrale Rolle spielen Bildung und Erziehung.“

Die PISA-Studie hat bayerischen Schülern mit Migrationshintergrund im Vergleich der Bundesländer zwar beste Testwerte attestiert, allerdings wurden dennoch große Defizite bei der Förderung dieser Schüler sichtbar.

Die Kompetenzunterschiede in allen Bereichen sind im Vergleich zu den deutschen Schülern enorm und nehmen im Laufe der Schulzeit zu. So werden bayerische Haupt- und Förderschulen fast doppelt so häufig von ausländischen Schülern besucht wie von deutschen Kindern. An Realschulen und Gymnasien sind sie nur halb so häufig vertreten. Schüler mit Migrationshintergrund haben an allen Schularten Bayerns einen geringeren Schulerfolg als deutsche, 22 Prozent verlassen die Hauptschule ohne Abschluss.

Um die interkulturelle Förderung und Erziehung zu verbessern, müssen Kinder bereits im Kindergarten ab dem dritten Lebensjahr in ihren deutschen Sprachkenntnissen gezielt gefördert werden. Dafür müssen dringend entsprechende personelle und zeitliche Ressourcen bereitgestellt werden. Die Unterzeichner der Resolution fordern, dass der muttersprachliche Ergänzungsunterricht nicht abgeschafft wird und die Migrationssprachen als gleichberechtigte Fremdsprachen bei allen Abschlüssen anerkannt werden. Sie sprechen sich dafür aus, auf Rückstellungen bei der Einschulung zu verzichten und von Förderschulzuweisungen nur wegen mangelnder Deutschkenntnisse abzusehen.

Dringend erforderlich ist dagegen eine am Bedarf orientierte Deutschförderung an allen Schulen, der Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten sowie eine verstärkte Schulsozialarbeit. Dannhäuser: „Auf diese Weise wird der Kontakt mit deutschen Schülern gefördert, der aktive Sprachgebrauch unterstützt - Konfliktprävention im besten Sinne betrieben.“

Um die Sprach- und Erziehungskompetenz der Eltern zu verbessern, muss die Elternarbeit intensiviert, Elternkurse in Deutsch und Landeskunde müssen finanziell abgesichert werden. In der Resolution fordern die Unterzeichner, den Faktor der Lehrerstundenzuweisung für Schüler nicht deutscher Muttersprache zu verdoppeln sowie mehr Angebote zur interkulturellen Erziehung und Bildung in der Lehrerausbildung und -fortbildung.

Das FORUM BILDUNGSPOLITIK IN BAYERN wird die Resolution als Petition kommende Woche beim Bayerischen Landtag einreichen. ♦

Die Petition im Wortlaut finden Sie unter [www.forum-bildungspolitik.de](http://www.forum-bildungspolitik.de)